

A1 Studieren leicht gemacht – mental gesund lernen und leben

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.04.2023
Tagesordnungspunkt: 8.1. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Der Alltag von Studierenden ist nicht immer leicht. Entgegen der weit
2 verbreiteten Vorstellung der Gesellschaft, das Student*innenleben sei ein wilder
3 Mix aus Party, Freizeit und ein bisschen Uni, ist das Studieren nicht immer
4 leicht und ganz oft drängt sich der Studiumsstress in den Lebensmittelpunkt.
5 Dabei erfahren Studierende Hoch- und Tiefpunkte, manche haben einen
6 Studiumsbezug andere nicht. Dies ist erstmal ganz normal, jedoch hat sich die
7 mentale Gesundheit der Studierenden seit dem Anfang der Corona Pandemie merklich
8 verschlechtert. Zuerst wurden die Studierenden sich selbst überlassen, sollten
9 sich in Verzicht üben, solidarisch für die Gesellschaft eintreten und im
10 Homeoffice noch mehr lernen als vorher. Die Erwartungen während der Pandemie
11 waren hoch. Nachdem alles mit einem Ruck wieder geöffnet wurde und das Leben
12 außerhalb der eigenen vier Wände wieder begann, nahm der Leistungsdruck leider
13 nicht ab. Viele Studierende sind überfordert gewesen, nun wieder die Uniaufgaben
14 und das Sozialleben unter einen Hut zu bringen.

15 Es blieb die Frage: Geht es allen oder doch nur mir so?

16 Studieren ist schon lange nicht mehr so entspannt, wie es einmal war. Diese
17 Veränderung merken wir nicht nur durch immer größeren Prüfungsumfang, längere
18 Hausarbeiten oder einen höheren Anspruch. Wir merken diese Veränderung auch in
19 dem psychischen Gesundheitszustand bei uns und unseren Kommiliton*innen. Eine
20 Umfrage des fzs während der Hochphase der Coronapandemie hat gezeigt, dass es um
21 die mentale Gesundheit vieler Studierenden nicht gut steht.

22 Es braucht dringend eine repräsentative Studie, die empirische Daten zur
23 psychischen Gesundheit von Studierenden in ganz Deutschland erhebt. Wir müssen
24 die Entwicklung der mentalen Gesundheit von Student*innen verfolgen und über die
25 nächsten Jahre und Jahrzehnte Daten erheben, die dabei helfen, die
26 Studiensituation zu verbessern. In den USA gibt es solche Studien schon länger,
27 diese zeigen zum Teil gravierende Zustände auf.

28 Das deutsche Studiensystem muss sich ändern – weg von immer mehr Druck und
29 schweren Aufgaben hin zu einem unterstützenden System, welches den Studierenden
30 hilft, die Hilfe wollen. Studieren in Deutschland muss inklusiver werden und
31 auch für Menschen erträglich sein, denen es schwer fällt, ihren Verpflichtungen
32 nachzukommen, weil sie dem künstlich aufgebauten Druck nicht standhalten können.
33 Es benötigt Räume in der Universität, in denen sich die Studierenden öffnen
34 können, über ihre Probleme und Nöte sprechen können und auch gehört werden.
35 Dafür sind mehr Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen-Stellen an den
36 Universitäten und in den Studierendenwerken von immenser Bedeutung.

37 Es braucht zudem mehr und bessere Beratungsangebote an den Universitäten und
38 auch eine Evaluation des Hochschulsystems im Allgemeinen. Nur durch eine mental
39 gesunde Studierendenschaft kann sich auch eine gesunde Gesellschaft entwickeln.
40 Wir müssen früh damit anfangen, den Druck, der aufgrund von vielen Faktoren auf
41 unserer Gesellschaft lastet, zu minimieren. Gleichzeitig dürfen wir nicht

42 lehren, dass das Leben nur aus Stress und Arbeit besteht, sondern aus Spaß und
43 Freude und schönen Erlebnissen.

44 Wir fordern:

- 45 • Bundesweite Studie die sich mit der mentalen Gesundheit von Student*innen
46 beschäftigt und eine regelmäßige Erhebung gewährleistet
- 47 • mehr Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen-Stellen an den
48 Universitäten und Studierendenwerken, sowie kürzere Wartezeiten für die
49 Erstberatung
- 50 • eine Evaluation der Studienbedingungen an allen Universitäten in Hinblick
51 auf die Studierbarkeit und den Umfang der Studiengänge

Begründung

erfolgt mündlich

A2 Alle (1/3) Macht den Studis – Drittelparität in allen Gremien

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.04.2023
Tagesordnungspunkt: 8.1. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Studierende machen über 70% der Personen an Hochschulen aus, doch trotzdem haben
2 wir nicht mal annähernd ähnlich verteilte Mitbestimmungsrechte. Ganz im
3 Gegenteil!
- 4 Würde die Drittelparität als Entscheidungsbefugnis gelten, bedeutet das, dass
5 sowohl Lehrende, Mitarbeitende sowie Studierende in den universitären Gremien
6 die gleiche Stimmkraft besitzen.
- 7 Der Kampf um die Drittelparität in universitären Gremien ist ein Kampf, welchen
8 die Studierenden schon sehr lange kämpfen.
- 9 So spielte die Drittelparität für Studierende seit dem Beginn der studentischen
10 Protestbewegung eine große Rolle. Damals kämpften sie allerdings für den Erhalt
11 der gleichen Entscheidungsbefugnisse bei wichtigen Beschlüssen bezüglich
12 Forschung und Lehre. In diesem Punkt haben wir seit den 1970ern also einen
13 entscheidenden Rückschritt gemacht.
- 14 Die gleichen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende, Mitarbeitende und
15 Lehrende sind heutzutage kaum vorstellbar.
- 16 Die Universität soll und muss aber ein Ort sein, an dem all ihre Akteur*innen
17 gemeinsam und gleichberechtigt Forschung und Lehre voranbringen, denn die Lehre
18 ist nicht für die Lehrenden, sondern für uns Studierende.
- 19 Für eine Hochschule, welche einen sozialen, feministischen und klimagerechten
20 Wandel durchlaufen muss, ist es unabdingbar, dass die hierarchischen Strukturen
21 aufgebrochen werden.
- 22 Denn in den Machtpositionen stehen meistens weiße, cis-männliche Personen,
23 welche aktuell die Entscheidungsträger sind. Mitarbeitende und Studierende
24 können dem nicht entgegenwirken, da sie keine gleichberechtigten
25 Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Die Macht muss von den sowieso schon
26 strukturell bevorzugten Personengruppen umverteilt werden auf alle Mitwirkenden
27 an der Universität.
- 28 Doch auch die Anerkennung und das Ernstnehmen studentischen Engagements kann nur
29 umgesetzt werden, wenn es nicht nur zugesichert, sondern auch real umgesetzt
30 wird.
- 31 Wir fordern:
- 32 - Drittelparität in allen universitären Gremien, sofort.
- 33 - Im Hochschulgesetz verankerte Verpflichtung der Drittelparität für Hochschulen

A3 Semesterticket ist Klimaschutz

Antragsteller*in: Janina Gold (GHG Aachen)

Tagesordnungspunkt: 8.1. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Campusgrün unterstützt die Forderung von u. a. dem Landes-ASten-Treffen NRW zur
- 2 Einführung eines deutschlandweit gültigen, solidarfinanzierten Semestertickets
- 3 zum Preis von 129 Euro im Semester zum nächstmöglichen Zeitpunkt und setzt sich
- 4 dafür auf Landes- und Bundesebene (Partei und Verband) ein.

- 5 Denn für Campusgrün ermöglichen die Semestertickets bezahlbare und nachhaltige
- 6 Mobilität für alle Studierenden. Das Erfolgsmodell Semesterticket muss erhalten
- 7 bleiben, aber die Preise müssen sinken und deutschlandweite Mobilität muss
- 8 ermöglicht werden. In Bundesländern, in denen es noch keine Semestertickets
- 9 gibt, setzt sich Campusgrün für eine Einführung ein.

Begründung

Erfolgt mündlich

GA1 Aufnahme von CampusGrün Hamburg in den Bundesverband

Gremium: CampusGrün Uni Hamburg
Beschlussdatum: 24.04.2023
Tagesordnungspunkt: 4. Aufnahme neuer Gruppen

Antragstext

- 1 Wir beantragen die Aufnahme von CampusGrün Uni Hamburg in den campusgrünen
- 2 Bundesverband.

Begründung

Das Verzagen Linker und die Rückzüge aus der Grünen Partei und ihrem Umfeld sind noch zu weit verbreitet. So wurde auch am 20. Dezember 2022 gegen unsere Stimmen die Auflösung von CampusGrün an der Uni Hamburg durchgesetzt. Um eine grüne (Hochschul)-Politik im Sinne der grünen Grundwerte (basisdemokratisch, sozial, ökologisch, gewaltfrei) lebendig und mit neuer Entschiedenheit zu realisieren, haben wir – Mitglieder des ehemaligen CampusGrün und neue Aktive – uns im Januar 2023 als CampusGrün Uni Hamburg wiedergegründet.

Nach mehr als zwei Jahren Hochschul-Lockdown sind wir Teil der Wiederbelebung des Campus und sehen die Re-Politisierung der Studierendenschaft als dringliche Aufgabe. Gegen Vereinzelungsdruck und Ohnmachtsgefühlen in der aktuellen tiefen gesellschaftlichen Krise wollen wir den Campus zu einem Ort der öffentlichen Diskussion, des gemeinsamen Eingreifens und der solidarischen Gestaltung von Hochschule und Gesellschaft machen.

Dafür organisieren wir gemeinsam mit Mitstreiter*innen aus anderen Hochschulgruppen und verschiedenen Fachschaftsräten unter anderem eine studentische Vollversammlung für Umverteilung und soziale Verbesserungen, bereiten antifaschistische Lesungen auf dem Campus anlässlich des Jahrestags der Bücherverbrennung vor oder verteilen Flugblätter für anstehende Friedensaktivitäten.

Unser Grundsatzprogramm und unsere Gründungserklärung mit unseren aktuellen Vorhaben für positiven Antifaschismus, eine geschichtsbewusste Friedensbewegung und die Verfasste Studierendenschaft als Teil einer lebendigen, sozialen Bewegung findet ihr hier: <http://campusgruen-hamburg.de/ueber-uns/grundsatzprogramm/> und hier: <http://campusgruen-hamburg.de/ueber-uns/gruendungserklaerung-fuer-frieden-und-antifaschismus/> .

GA2 Aufnahme der Grünen Hochschulgruppe Universität Hamburg in den Campusgrün Bundesverband

Gremium: Grüne Hochschulgruppe an der Universität Hamburg
Beschlussdatum: 10.05.2023
Tagesordnungspunkt: 4. Aufnahme neuer Gruppen

Antragstext

- 1 Wir, die Grüne Hochschulgruppe an der Universität Hamburg, beantragen die
- 2 Aufnahme in den Campusgrün Bundesverband.

Begründung

Grüne Perspektiven auf Hochschulpolitik sind wichtig und bereichern den Campus. Ganz nach dem Motto dieser BMV "Like the sea we rise", Kann es doch zum Beispiel nicht sein, dass Bildung für Nachhaltige Entwicklung selbst an unserer Hochschule, die sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen schreibt, noch immer nicht überall strukturell verankert ist.

Nach der Auflösung der alten Campusgrün Gruppe an unserer Uni war für uns deshalb klar, dass es eine neue grüne Gruppe braucht die sich einmischt und laut wird. Eine, die sich als dezidiert antifaschistisch, queer-feministisch, ökologisch, emanzipatorisch, sozial und basisdemokratisch versteht.

Genau das wollen wir sein und genau deshalb haben wir diese Gruppe gegründet. Wir freuen uns schon auf die Arbeit und sind motiviert den Campus mitzugestalten und Akzente zu setzen.

Wir kommen aus unterschiedlichsten sozialen, migrantischen und politischen Kontexten und haben unter anderem schon in verschiedenen Innitiativen in der Stadt, Fachschaften oder in der bundesweiten Studierendenvertretung, dem fzs, (Hochschul-) Politik gemacht, Kampagnen etwa gegen Studiengebühren, Kürzungen an Hochschulen oder für ein besseres BAföG organisiert und vieles mehr.

Für Politischen Wandel braucht es Parlament und Straße, deswegen sind viele von uns auch immer wieder in Bündnissen aktiv. Ihr findet uns zum Beispiel beim Kampf gegen die Klimakrise in Lützerath oder für Solidarität mit der Ukraine auf den Straßen Hamburgs. Hier kämpfen wir zum Beispiel konkret noch für ein Bleiberecht aller Geflüchteten aus der Ukraine, auch Drittstaatenangehörige.

Diese Arbeit wollen wir mitnehmen und auch in unserer Arbeit als GHG weiterführen.

Gerade in Hamburg ist uns allerdings nicht nur das wirken am Campus wichtig, sondern auch vom Campus in die Stadtpolitik hinein. Mit Katharina Fegebank hat Hamburg zwar eine Grüne Senatorin für Hochschule und Wissenschaft, von einer progressiven, links-grünen Politik sind wir allerdings weit entfernt. Umso wichtiger, dass wir also auch immer wieder kritisch die Stimme gegen die Politik der Grünen im Senat, der Bürgerschaft und darüber hinaus heben und sie konstruktiv, kritisch begleiten.

Zum Beispiel:

In Hamburg hat die Bürgerschaft zwar jetzt beschlossen, dass es einjährige Mindestvertragslaufzeiten für studentische Beschäftigte geben soll, aber bevor das nicht umgesetzt ist und es keine studentischen Personalräte gibt, geben wir keine Ruhe. Deshalb kämpfen wir an der Seite von TVStud, auch für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte!

Wir freuen uns drauf euch in Kiel mehr über uns erzählen zu können!

L1 Like the sea we rise - Klimakrise bekämpfen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.04.2023
Tagesordnungspunkt: 7. Leitantrag

Antragstext

1 Jeden Tag aufs Neue zeigt uns die Klimakrise, wie vulnerabel unsere Gesellschaft
2 und unser Planet ist. Diese zu bekämpfen und für Klimagerechtigkeit einzustehen,
3 betrifft uns also alle.

4 2015 wurden so durch die UN die 17 SDG vorgestellt und damit die Agenda 2030
5 verabschiedet. Die Ziele sollen zur weltweiten Sicherung einer nachhaltigen
6 Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen.
7 Der Nationale Aktionsplan (NAP) Bildung für nachhaltige Entwicklung sieht
8 Hochschulen als Schlüsselakteure für eine Transformation zu Nachhaltigkeit und
9 diese Rolle sollten Universitäten endlich auch gerecht werden.

10 Bildung für nachhaltige Entwicklung

11 Bereits jetzt findet Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Platz in der
12 Lehrkräfteausbildung und an Schulen. Doch das ist nicht ausreichend! Bildung für
13 nachhaltige Entwicklung muss einen festen Platz an Universitäten und in der
14 Lehramtsausbildung finden. Dabei sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung zum
15 Querschnittsthema gemacht werden und in allen Studiengängen vertreten sein!

16 Forschung an Universitäten bildet Basis für nachhaltige Entwicklung

17 Durch das wissenschaftliche Gut, was an Universitäten produziert wird, die
18 Möglichkeit zur Schaffung von Evidenzen und das Stattfinden von
19 wissenschaftlichen Diskursen können und müssen Universitäten aktiv zur
20 Bekämpfung der Klimakrise beitragen! Die Wissenschaftspolitik muss den Fokus auch
21 auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit legen.

22 Die Forschung an Universitäten bildet die Basis für nachhaltige Entwicklung und
23 sollte alle Aspekte von Bildung für nachhaltige Entwicklung abdecken.

24 Hierzu zählt auch, dass wir Quoten für FINTA* Personen in wissenschaftlichen
25 Positionen und Gremien brauchen. Die Wissenschaft und Forschung müssen
26 feministischer werden.

27 Die Überarbeitung des WissZeitVG weist nach wie vor große Lücken an einer Lösung
28 für langfristige und gute Forschung auf. Die derzeitigen Ansätze sind
29 mangelhaft, es fehlt den Angestellten an der Universität an zukunftssicheren
30 Jobs, bei denen sie sich auf die Forschung und Lösung von unseren derzeitigen
31 Problemen konzentrieren können.

32 Nachhaltiger Campus

33 Auch die täglichen Konsumententscheidungen an Universitäten müssen weiter in
34 Richtung Nachhaltigkeit gesteuert werden. Durch den Ausbau von guten veganen
35 Mensa-Angeboten würden Tonnen CO₂ eingespart und damit schon ein riesiger
36 Beitrag geleistet werden.

37 Bei der Planung und Bau von Campus müssen nachhaltige Aspekte mitbedacht werden.

38 Es ist längst überfällig, die Autos von unserem Campus zu verbannen und damit
39 einen autofreien, fahrrad- und klimafreundlichen Raum zu schaffen. In diesem
40 Zuge sollten mehr Fahrradstellplätze am Campus Platz finden.

41 Dabei darf auch nicht der Umstieg auf erneuerbare Energien vergessen werden.

42 Weiterhin muss bei lokalen, auf dem Campus produzierten Gütern auch auf

43 nachhaltige Produktion geachtet werden. Unter nachhaltigem Campus fällt auch der
44 Fokus auf die mentale Gesundheit der Hochschulangehörigen. Gerade die Psyche der
45 Studierenden hat in den letzten Jahren, während der Pandemie, gelitten.
46 Universitäten müssen ihre psychologischen Stellen weiter ausbauen, Wartezeiten
47 auf die Erstberatung verringern und Angebote für alle zur Stärkung der mentalen
48 Gesundheit schaffen.

49 Feste Verankerung in Hochschulgesetzen

50 Aktuell ist die grobe Orientierung an Nachhaltigkeit nur in der Hälfte aller
51 Hochschulgesetze verankert. Alle Hochschulgesetze müssen sich klar zur
52 Nachhaltigkeit bekennen und dies mit klaren Zielen und Aufgaben für die
53 Hochschulen festschreiben.
54 Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Verpflichtung zu Ziel- und
55 Leistungsvereinbarungen zur Klimagerechtigkeit muss ein fester Bestandteil aller
56 Hochschulgesetze werden. Die Entscheidungsprozesse sollten dazu demokratisierend
57 ablaufen und alle Statusgruppen mit einbeziehen. Studierende müssen dabei
58 gleichmächtig vertreten sein.

59 Klima-Kämpfe = Soziale Kämpfe

60 Klima-Kämpfe sind auch soziale Kämpfe und müssen daher zusammengeführt werden.
61 Darunter fällt auch der niedrighschwellige Zugang zu Bildung, indem der NC
62 abgeschafft werden muss und mehr Eignungstests für die Aufnahme an Hochschulen
63 etabliert werden. Studieren muss man sich aber auch erstmal leisten können,
64 deswegen muss das BAföG mit der nächsten Reform signifikant erhöht und Eltern
65 unabhängig werden. Der finanzielle Hintergrund darf ferner keinen Einfluss auf
66 die Wahl des Studienortes haben, weshalb die unterschiedlich hohen Mietpreise in
67 Deutschland durch das BAföG ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Der Satz:
68 "Dann studieren sie halt nicht in München, wenn sie sich das nicht leisten
69 können." muss von der Bildfläche verschwinden.

70 Weiterhin muss der Ausbau von bezahlbarem studentischem Wohnraum vorangetrieben
71 werden. Das inkludiert nicht nur Studierendenwohnheime, sondern auch Wohnungen
72 die zu sozialverträglichen Preisen gemietet werden können.

73 Auch Mobilität ist für viele Studierende ein großes Thema, deshalb dürfen wir
74 bei unseren Überlegungen die Semestertickets nicht aus dem Blick verlieren. Wir
75 setzen uns für ein deutschlandweit gültiges Semesterticket in Form des Solidar-
76 Modells zu einem sozial verträglichen Preis ein.

77 Es ist an der Zeit für Tarifverträge von studentischen Beschäftigten. Sie
78 leisten einen großen Beitrag am Funktionieren der Hochschule und sollten dies
79 durch eine adäquate Vergütung und Mitspracherechte in Personalräten
80 widerspiegelt bekommen.

81 Jetzt oder nie

82 Jetzt gemeinsam für Klimagerechtigkeit eintreten!

83 Für uns als Bundesverband campusgrün ist damit klar, dass wir aktiv die
84 Klimakrise an Universitäten bekämpfen und uns in klima- und sozial gerechte
85 Bündnisse einbringen!

86 Wir fordern, dass die Ziele der 17 SDG fest an Universitäten umgesetzt werden!

SÄ1 Satzungsänderung 1 Besitz Verantwortung

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.04.2023
Tagesordnungspunkt: 10.1. Satzungsänderende Anträge

Antragstext

- 1 Streiche § 16 Abs. 1 Nr. 4
- 2 “bis zu fünf Beisitzer*innen.”
- 3 und füge ein § 16 Abs. 1 Nr. 4
- 4 “bis zu fünf Beisitzer*innen, davon ein*e genderqueer-politisch
- 5 Verantwortliche*r.”

Begründung

erfolgt mündlich

SÄ2 Satzungsänderung 2 Mitgliedsgruppen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.04.2023
Tagesordnungspunkt: 10.1. Satzungsänderende Anträge

Antragstext

1 Streiche § 5 Absatz 2

2 “In der Regel wird pro Hochschule nur eine Gruppe aufgenommen. In begründeten
3 Ausnahmefällen kann die Mitgliederversammlung hiervon abweichen. Hierbei ist
4 zuvor eine Stellungnahme des Bundesvorstands und ggf. des zuständigen
5 Landesverbandes einzuholen.”

6 und ersetze durch § 5 Absatz 2

7 “Es kann pro Hochschule nur eine Mitgliedsgruppe aufgenommen werden. In
8 begründeten Einzelfällen kann die Mitgliederversammlung mit absoluter $\frac{2}{3}$ Mehrheit
9 hiervon abweichen. Hierbei ist zuvor eine Stellungnahme des Bundesvorstands und
10 ggf. des zuständigen Landesverbandes einzuholen”

Begründung

erfolgt mündlich

SÄ3 Satzungsänderung 3 feministische Hochschule

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.04.2023
Tagesordnungspunkt: 10.1. Satzungsänderende Anträge

Antragstext

- 1 Streiche in § 2 Absatz 3 Satz 1
- 2 “Der Verband vereint Hochschulgruppen, die sich den Zielen einer transparenten,
- 3 demokratischen und nachhaltigen Hochschule verpflichtet fühlen.”
- 4 und ersetze durch § 2 Absatz 3 Satz 1
- 5 “Der Verband vereint Hochschulgruppen, die sich den Zielen einer transparenten,
- 6 demokratischen, feministischen und nachhaltigen Hochschule verpflichtet fühlen.”
- 7

Begründung

erfolgt mündlich